

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Für den Verleger: Carl Neubauer.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 1. Spalte 37 mm breite Seite 2 M. Auf Familienbestellung, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 1. Spalte 25%. Bezugsgebühren laut Tarif. Anzeigen-Preise. Einzelhefte 20 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Merseburgerstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neumann, Neudamm 10.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Teilungsvorschläge vor dem Obersten Rat

Der Gegensatz zwischen Frankreich und England.

Paris, 8. Aug. In der Eröffnungssitzung des Obersten Rates am Montag hob Fromaget am Schluß seiner Ausführungen hervor, daß von den vorgebrachten Vorschlägen zwei festgehalten wurden, die französische und die englische, die jedoch beide nicht die Einseitigkeit der Sachverständigen gelunden hätten. Es bestehe jedoch ein Punkt, über den sich die Delegierten der Räte geeinigt hätten, nämlich über die fast vollständige Unteilbarkeit des Industriegebietes. Aber während der französische Vorschlag die Forderung habe, dieses Gebiet fast vollkommen Polen zuzuteilen, wolle der andere Vorschlag es zum größten Teile Deutschland zusprechen. Nach ihm kann schließlich Sir Cecil Durd, der juristische Berater des Auswärtigen Amtes, das Ergebnis der Volksabstimmung. Es hätten sich 678 Gemeinden für Polen, 844 für Deutschland ausgesprochen. Für Polen seien 479 000, für Deutschland 707 000 Stimmen abgegeben worden. Er las die englische Meinung dahin zusammen:

1. Frankreich sollte die gemeindeweise Abstimmung als Basis annehmen. Und da jede Gemeinde dem Lande zugeordnet werde, für das sie sich entscheidet, solle nur der Fall zugelassen werden, daß gute Gründe dagegen sprechen.

2. Entlassen müßten als unpraktisch und ungerecht für beide Teile vermieden werden. Oekonomisch unzurechenbare Gemeinden könnten nicht von einander getrennt werden.

3. Das Zentrum des Industriegebietes müsse Deutschland überlassen werden.

Was den Rest der zu ziehenden Grenze anbelange, so beständen wenige Differenzen zwischen dem französischen und dem englischen Vorschlag. Die englischen Sachverständigen erwarteten den französischen Vorschlag, da er die Verhältnisse der Abstimmung in der Ausprägung der kritischen Gebiete umfasse. Der Ministerialdirektor Varode legte dann die französische These aus, worauf den beiden Parteien die Gemeinden nach dem Ergebnis der Abstimmung zugeordnet werden sollten. Wenn Entlassen notwendig seien, so müsse man, um sie zu vermeiden, auf die geographischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht nehmen und die Ausprägung der betreffenden Gemeinden nach den Verbindungen regeln, die sie mit den Nachbargebieten hätten. Deshalb müsse die Gesamtheit des Kohlenbeckens nach der französischen Meinung Polen zugesprochen werden. Varode kritisierte dann den englischen Vorschlag und machte insbesondere den Vorwurf, daß er kein Mittel der für Polen abgegebenen Stimmen Deutschlands zusprenche und nur zwei Drittel Polen. (S. T. B.)

Festbleiben der Engländer?

London, 9. August. Die „Times“ schreibt zu den Verhandlungen des Obersten Rates: Die Entente-Regierungen müßten sich selbst die Schuld zuschreiben, wenn sie jetzt vor einer so schwierigen Aufgabe stehen. Sie hätten die Frage längst auf früheren Konferenzen lösen müssen. Vor einigen Monaten, noch unter dem Eindruck des Siegesrausches, hätte die Frage sich leicht regeln lassen. Die „Times“ sagt weiter, daß Mandat, das Lord George von den Ministern der Dominien erhielt, müsse seine Position in Paris weiter stärken, und es würde den Franzosen schwer fallen, gegen die englische Auffassung anzukämpfen, um so mehr, als auch Amerika, wenn nicht direkt, doch indirekt, den italienisch-britischen Standpunkt unterstütze. Schließlich wird bei der Entscheidung in weitestgehendem Maße die Politik mitgesprochen, mit der man in Zukunft Deutschland gegenüberzutreten gedenke, und gerade hierin stehe die englische Auffassung im Gegensatz zu der französischen.

Briand für unbedingte Entscheidung.

Paris, 8. August. Briand empfing nach der gestrigen Sitzung des Obersten Rates Pressevertreter und erklärte, er sei entschlossen, die obersteinstehende Frage ein für allemal in dieser historischen Woche zur Entscheidung kommen zu lassen. Briand legte die Dauer der Konferenz auf etwa 10 Tage. Der französische Standpunkt in der Grenzfrage bestehe nicht einzig und allein aus völkischen Momenten. Auf die Frage der Truppenverlagerungen hoffe Briand, heute nachmittag zu sprechen zu kommen.

Paris, 8. August. Davas bringt über die erste Sitzung noch folgende Einzelheiten: Briand als Vorsitzender appellierte an die Einseitigkeit aller, um die ernden und schwierigen Fragen zu lösen, die der Konferenz gestellt seien und sagte: Wenn der Geist der Einigkeit und Solidarität, der bis jetzt die vorangehenden Zusammenkünfte beherrschte, sich auch weiter durchsetze, dann könne die Aufgabe zu einem guten Ende geführt werden. Im ausdrücklichen Wunsch nach Zusammenarbeit auch Frankreich an die Aufgaben dieser Konferenz heran. Lord George dankte und bemerkte, daß die obersteinstehende Frage vielleicht die wichtigste von denen sei, die der Oberste Rat bisher zu lösen gehabt habe. Das Problem wäre an sich weniger schwierig, wenn es nicht durch äußere Umstände so verwickelt geworden wäre. Er sei jedoch überzeugt, daß eine Lösung möglich sei, wenn die Mitglieder des Obersten Rates das Problem mit dem ersten Willen, zu einer Einigung zu gelangen, in Angriff nehmen. Bonomi ergriff dann das Wort, um auf die Bedeutung der aufstehenden Verhältnisse und ihren Eindruck auf den Weltfrieden hinzuweisen. Briand bearbeitete dann den Vertreter der Vereinigten Staaten, der seinerseits dankte und ihm versicherte, daß er Dardana die herkömmlichen Worte übermitteln werde, die Briand gesprochen habe. Schließlich gab der japanische Vertreter Oanashi seine Zustimmung zur vorgelegenen Verhandlungsmethode und drückte die feste Überzeugung aus, daß die Konferenz eine Lösung finden werde.

Italien sucht zu vermitteln.

Vorläufig, 8. August. Ueber den Verlauf der gestrigen ersten Sitzung des Obersten Rates berichtet Davas ferner: Der italienische Delegierte Torre Franco erklärte: Die englische Linie näherte sich mehr dem Ergebnis der Volksabstimmung, als die von den französischen Vertretern vorgeschlagene Grenze. Diese weise insbesondere kein einzelnes Berggebiet Deutschland zu. Der italienische Delegierte sprach sich jedoch für keine der beiden Linien aus. — Der Davas-Berichterstatter fügt hinzu: Vielleicht sei diese Haltung schon von dem Wunsche der italienischen Delegierten eingeleitet gewesen, die Vermittlerrolle zu spielen, die Graf Storza vorher schon mehrmals bei den Beratungen des Obersten Rates mit Erfolg gespielt hätte. Von beiden sich gegenüberstehenden Vorschlägen spricht der französische 80 Prozent der für Polen abgegebenen Stimmen Polen, dagegen 45 Prozent der für Deutschland abgegebenen Stimmen Deutschland zu. Der englische Vorschlag gibt aber Deutschland 88 Prozent der für Deutschland abgegebenen Stimmen, während er nur 30 Prozent der für Polen abgegebenen Stimmen Polen zuspricht. Es scheint also tatsächlich hier Raum zu sein für eine vermittelnde, gerechte und vernünftige Lösung. (S. T. B.)

Eine Neuerung Bonomis.

Büch, 8. August. Der „Lageanzeiger“ meldet aus Rom: Bonomi sprach vor seiner Abreise nach Paris zu den Vertretern der „Tribuna“, er reise nach Paris, um die Ricasafahrt in Mitteleuropa zu beenden, die sich aus der obersteinstehenden Frage ergebe. Italiens Interessen in Oberschlesien beschränken sich auf die gleichen Interessen, die England in Oberschlesien habe und die sich aus dem Versailles-Vertrag und der dadurch engagierten Ehre Italiens ergeben würden.

Ein interessantes französisches Geständnis.

Paris, 8. August. In einem interessanten Geständnis läßt sich die „Liberte“ vernehmen. In einer Polemik gegen den englischen Standpunkt schreibt sie: Der englischen Regierung, die von der Idee beherrscht scheint, daß man unter allen Umständen kein neues Elend-Vorkommen schaffen dürfe, habe Frankreich zu antworten: Wenn ihr wirklich wollt, daß Deutschland nicht auf Revanche sinne, so ist es heute zu spät, dann hätte man ihm nicht seine Kolonien nehmen dürfen, hätte man es nicht um Tansja und Polen um Deutsch-Obererreich, Deutsch-Böhmen und das deutsche Südtirol bringen dürfen. — Es ist das erste Mal, daß ein nationalitätliches Organ Frankreichs den rein deutschen Charakter aller dieser Gebiete anerkennt.

Polnische Verschleierungsversuche.

Berlin, 9. August. Der „Vol.-Anz.“ weist auf Grund von Nachrichten, die ihm aus besonderer Quelle zugehen, darauf hin, daß die in den letzten Tagen von polnischer Seite verbreiteten Meldungen mit ständig wechselnden Daten für den Ausbruch des vierten Polenauflandes allem Anschein nach absichtlich ausgelegt werden. Offenbar gehe es um die Absicht, die Öffentlichkeit über den wirklichen Beginn des neuen Aufstandes im unklaren zu halten, um ihm so durch das Moment der Ueberrastung einen größeren Anfangserfolg zu sichern. Das Blatt glaubt, daß der vierte Polenaufland nicht vor der Entscheidung des Obersten Rates oder einer Verlegung der Entscheidung zu erwarten sei, und daß vor dem 10. August mit ernstlichen Ereignissen kaum zu rechnen sein wird.

Polnische Anmähung.

Warschau, 9. August. Die polnische Regierung veröffentlicht eine Note, die sie an dem Obersten Rat in Paris überreichte. Darin wird erklärt, die polnische Regierung habe die Forderung des letzten obersteinstehenden Aufstandes durch die Alliierten durch ihre moralische Unterstützung gefördert. (1) Sie könne den Alliierten aber nur dann eine gleiche moralische Unterstützung bei der Durchführung der Entscheidung angedeihen lassen, wenn diese Entscheidung definitiv und den gerechten Ansprüchen Polens entsprechend sei. Andernfalls sei mit der gerechten Empörung des obersteinstehenden Volkes zu rechnen.

Die Unterdrückung der obersteinstehenden Presse.

Breslau, 8. August. Die obersteinstehende Presse kann zum Teil zu der bevorstehenden Entscheidung des Obersten Rates in keiner Weise Stellung nehmen, da die Zensur, namentlich die französische, sie daran hindert. So ist beispielsweise der Leitartikel der deutschen „Nationalen Zeitung“ vollständig zensuriert. Eine Reihe anderer deutscher Blätter weist in ihrer Stellungnahme zur Konferenz große Ähnlichkeiten auf. Die deutschen Blätter unterzeichnen zum größten Teil noch einmal die Gedankenansätze, die der Reichstagsrat zuletzt in seiner Bremer Rede darlegte. Der sozialdemokratische „Volkswille“ schreibt: Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß wohl Deutsche Untertanen eines fremdnationalen Staates sein können, Polen aber beileibe nicht, dann unterscheidet man zwischen Herren- und Knechtvölkern und weiß den Deutschen die Rolle eines solchen, den Polen die eines Herrenvolkes an. Jede Politik, die uns vor 2 Jahren Oberschlesien ohne Volksabstimmung nehmen wollte und die noch heute dahin zielt, ein möglichst großes Stück von diesem Lande abzureißen, wird von keiner anderen Idee beherrscht, als von der des Sieges und der Gewalt. Wenn ihrem Treiben in Oberschlesien ein Dalk gesetzt wird, wird die Welt befreit aufstehen.

Zusammengehen von Kommunisten und Polen in Danzig.

Danzig, 9. Aug. Veranlaßt durch die Vorgänge im Danziger Stadtparlament, machen sich unter den Kommunisten in Danzig Bestrebungen bemerkbar, im Zusammengehen mit den Polen beim Oberkommissar des Völkerbundes, General Dainig, den Rüdiger Dr. Sahms und der Danziger Freikommunistenregierung zu fordern, andernfalls man zu einem Generalstreik ausbrechen würde.

Die neuen Steuern.

Der Eindruck der neuen Reichsteuern ist in parlamentarischen Kreisen ein sehr ernüchterter. Man dürfte mit langen erbitterten Steuerkämpfen im Parlament zu rechnen haben. Gewiß ist, daß neue Lohnkämpfe, neue Forderungen der Beamenschaft auf Gehaltserhöhung nicht ausbleiben. Den Abgeordneten sind derartige Wünsche schon wiederholt in letzter Zeit unterbreitet worden. Man hat auch versucht, die Brotpreiserhöhung, die am 15. d. M. eintreten soll, bis zum 1. Oktober hinauszulassen, die Regierung wird ihre Dispositionen aber kaum ändern. Die Veröffentlichung der neuen Steuerpläne war in erster Linie wohl außenpolitischen Momenten zu verdanken. Die Beamenschaft und die Börse haben die neuen Steuern mit gemischten Gefühlen aufgenommen, eine langsame Verteuerung der Lebensmittel wird allmählich mit Rücksicht auf die neuen Löhne bald eintreten.

Die neuen Steuerentwürfe sollen 80 Milliarden Papiermark ausbringen, dies sind sowohl wie Deutschland 1914 Steuerertrag hatte, nämlich 7 Milliarden Goldmark. Die direkten Steuern sollen 40, die indirekten Steuern (Umsatz-, Kohlen-, Verbrauch-, Steuer-, Steuer-, Steuer- und Tabaksteuern) 8 Milliarden ausbringen. Da aber diese Erträge nicht garantiert werden können, sind noch Ersatzeinkünfteprojekte geplant, um die 80 Milliarden auf jeden Fall sicherzustellen. (th.)

21 Steuereckentwürfe.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Berlin, 9. August. Mit den veröffentlichten Auszügen aus den 15 neuen Steuerentwürfen ist das Steuerprogramm der Regierung noch nicht abgeschlossen. Wie zuverlässig gemeldet wird, liegen zurzeit noch sechs weitere Steuereckentwürfe im Reichskabinett zur Beratung vor.

Reichsrat und Steuervorlagen.

Der Reichsrat wird am 18. August seine Arbeiten wieder aufnehmen. Ob er die neuen Steuervorlagen beraten wird, ist noch ungewiß, da erst die Interessententretre und der Reichswirtschaftsrat gehört werden sollen.

Forderungen der Grundbesitzer.

Böln, 8. August. In Böln fand gestern der Verbandstag der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine statt. Die Verbandsmitglieder richteten einen Appell an die Parteien des Reichstages, den deutschen Grundbesitz nicht mit Steuern zu belasten, die er nicht tragen könne. Der Plan der Goldhypothek wurde abgelehnt. Gefordert wurde die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Verbandsmitglieder äußerten ihre Mißbilligung über das geringe Interesse der Regierung an der Bölnener Tagung.

Eindruck der Steuerentwürfe in England.

London, 9. August. Die Steuerentwürfe der deutschen Regierung haben in London offiziellen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht. Man spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die deutsche Regierung ernstlich Versuche zu machen scheint, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Immer neue Verbrechen der Schwarzen.

Koblenz, 8. August. Wie aus Neberdingen a. Rh. gemeldet wird, erfahren jetzt Häute ihre alltägliche Beschäftigung in denen sich farbige französische Soldaten in schändlicher Weise an verschiedenen männlichen Einwohnern der Stadt vergangen haben. So wurde im Monat Mai ein technischer Beamter am Kreiselhofen nachts 9 Uhr von zwei schwarzen Soldaten überfallen und genitalmisset. Die Täter sind zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Ferner wurde im Juni ein Arbeiter nachts auf offener Straße von vier Marokkanern niedergeschlagen, am Kopf schwer verletzt und widernatürlich mißbraucht. Die Ursache durch die Presse gegangene Meldung, daß Truppen auf der Fahrt, insbesondere durch das Moselthal, den Aufenthalt auf der Straße dazu benötigten, um mit Schöpfersteinen auf vorübergehende Zivilisten zu werfen, wird nach einer amtlichen Meldung dahin richtiggestellt, daß sich zwar solche Fälle, jedoch nicht im Moselthal, ereignet haben. Französische Soldaten eines Militärtransportes vergnügten sich damit, die Fensterhebel der den Bahnhofen Böln-West und Böln-Süd gegenüber liegenden Häuser mit Schöpfersteinen zu bombardieren. Zwei Wollengeschosse zertrümmerten die Fenster eines Zimmers, ohne glücklicherweise einen dort befindlichen Studenten zu verletzen. Untersuchungen in allen noch nicht aufgeführten Fällen sind im Gange.

Die Siegesbeule der Griechen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Büch, 9. August. Der „Secolo“ meldet aus Athen: Zeit dem 15. Juli sind von der griechischen Armee auf ihrem kleinasiatischen Vormarsch eingebracht worden: 34 000 türkische Gefangene, 43 schwere und 62 leichte Geschütze.

London, 8. August. „Daily Telegraph“ meldet aus Smirna: Gunaris und Theotokis führen von der Smirnaer Front nach Athen zurück. Einem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ gegenüber erklärten beide, daß sie mit der militärischen Lage sehr zufrieden wären und daß sie mit einem schnellen Abschluß der Operationen rechneten. Alle Nachrichten über eine Reise Gunaris nach London und Paris wurden für falsch erklärt, ebenso falsch sei es, von einem Wunsche der Türken, mit den Griechen in Verhandlungen einzutreten, zu sprechen. Konstantinopel und Angora sind entschlossen, die Feindseligkeiten fortzusetzen. Andererseits müßten aber auch die Griechen, daß die Operationen im nächsten Monat beendet seien. (E. K.)

Die Ententeloffen vor Konstantinopel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Genf, 9. August. Der „Temps“ meldet, daß die französische Mittelmeerflotte nach den Dardanellen auslaufen ist. Die vereinigte englische und französische Flotte ist nunmehr vor Konstantinopel konzentriert. Der „Temps“ nennt die Lage in Kleinasien und den drohenden Verlust von Brussa an die Griechen eine sehr ernst zu beurteilende Komplikation.